

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der „Statthalter der Monarchie“.

Oberputschist Kahr als Zeuge.

BS. München, 11. März.

Die Kontrolle war heute, am 12. Verhandlungstage, besonders sorgfältig. Kahr selbst, der schon lange vor der Sitzung mit keinem Mitarbeiter aus dem Generallandkommissariat, Oberstleutnant Forster von der Landespolizei, erschienen war, blieb bis zu seinem Aufbruch in dem für die Zeugen reservierten Zimmer. Um 9 Uhr betrat das Gericht den Saal und Landgerichtsdirektor Reidhart eröffnete die Sitzung. Im gleichen Augenblick fast erschien Kahr. Unauffällig näherte er sich dem Richterisch, vor dem er, den Rücken hartnäckig den Angeklagten zugewandt, Aufstellung nahm. Er bittet den Vorsitzenden, in zusammenhängender Weise die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse vor dem Putsch ausrollen zu können und liest seine Rede vom Manuskript ab.

Vors. Engelert, ich will mich im Zusammenhang mit den Ihnen bekannten Vorgängen am 8. und 9. November befassen. Ich bitte Sie aber darauf aufmerksam, daß Sie vorderhand unbedeutend gehört werden.

Kahrs Vorlesung.

Zeuge v. Kahr: Ob vereidigt, aber unvereidigt. Ich bin gleichgültig. Ich werde sagen, was die Wahrheit ist. Am Nachmittag des 8. September 1923 wurde ich zum Generallandkommissar ernannt. Ich war bestrebt, die bayerischen Belange zu stützen und die staatliche Macht im Lande zu festigen. Ich selbst ging von dem Grundsatze aus, daß der Staat der starke Schutz und Zusammenhalt aller nationalen Kräfte sein muß, daß er allein seinen Bürgern Schutz und Sicherheit verleiht. Ich ließ aber auch keinen Zweifel darüber, daß ich die Machtbefugnisse, die mir übertragen worden waren, nicht zur Inanspruchnahme von Bayern, sondern vor allem des großen deutschen Vaterlandes verwandt wollte. Meine Amtstätigkeit fiel in die Zeit der schwersten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse Deutschlands hinein. Deshalb will ich hier auf in großen Zügen den wirtschaftlichen und politischen Hintergrund zeichnen, aus dem heraus sich die Komödie vom 8. November abgelebt hat. Die Ernennung des Kabinetts Stresemann läßt sich etwa vergleichen mit der Zeit des Prinzen Kar. Der Kanzler Stresemann hatte das Kabinett der großen Koalition selbst als die letzte parlamentarische Möglichkeit bezeichnet und gegen Ende seiner Amtstätigkeit tauchte das Direktorium auf, für das bereits verschiedene Namen genannt worden waren. Dann kam der Rücktritt des Kanzlers Stresemann. Die innerdeutsche gespannte Lage wurde durch den Eintritt der Kommunisten die schärfste und thüringische Regierung noch verschärft. Die wirtschaftlichen Verhältnisse waren ernster Natur im ganzen Reich. Die Währung verfiel immer mehr und mehr und die Arbeitslosigkeit stieg von Tag zu Tag. Die Währungsfrage war deshalb der Kern aller zu lösenden Probleme. Sie war aber erst möglich bei Aufrechterhaltung der staatlichen Macht. Viele Kreise wählten im Oktober auf eine selbständige Währungsregelung in Bayern. Ich trat dem entgegen, um auch nur den Schein einer Wirtschaftswirtschaft Bayerns zum Reich zu vermeiden. Denn nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung ist Bayern auf das enge mit dem Reich verknüpft. Am schlimmsten waren die sozialen Verhältnisse. Die Kommunisten arbeiteten in geschickter Ausnutzung des Elends, das überall im Lande herrschte, auf eine Revolution hin. Ende Oktober nahmen die Pläne in Berlin, Hannover, Leipzig, Anhalt usw. ernstesten politischen Charakter an. Bayern hatte damals die Aufgabe, alle Kräfte des Staates zu festigen und diese zusammenzuhalten zur Festigung der Staatsobermacht im Reich.

Die nationalen Kreise waren davon überzeugt, daß nur eine Umgestaltung der Regierung im Reich eine Besserung der unhaltbaren Lage bringen konnte. Man war der Ansicht, daß nur ein überparteiliches Direktorium dieser Reformen gewachsen sein konnte, und daß dieses Direktorium die Aufgabe hatte, die Ehre der Nation wiederherzustellen und, geführt auf eine starke militärische Macht, frei von parlamentarischen Einflüssen, die einschneidenden Maßnahmen zur Rettung des Vaterlandes zu beschließen. Es schien mir notwendig, daß von der Autorisierung der letzten fünf Jahre zurückgegangen wurde auf eine große Dezentralisation im Sinne Bismarcks, und daß wir nach seinem Grundsatze arbeiten mußten, wonach gesunde Staaten die Grundzüge für einen starken Staat bilden. Im Interesse der wirtschaftlichen Befestigung mußte das überparteiliche Direktorium kommen. Und an dieser Aufgabe hatte Bayern selbstverständlich mitzuwirken. Dabei, und das betone ich ausdrücklich, dachte ich nicht etwa an eine militärische Exekution, wie es immer da und dort geschah, sondern mir wünschten einen starken politischen Druck auf die Reichsregierung auszuüben.

Die Hitler-Richtung hatte sich inzwischen in Bayern stark entwickelt. Ich hatte erfahren, daß Hitler bestrebt war, über die bayerischen Grenzen hinwegzugehen, und daß man die bayerische Regierung unbehelligt lassen wollte, wenn sie nur den Vormarsch nicht hinderte. Lössow, Seißer und ich empfanden die Bedrohungen Hitlers und seiner Freunde als ebenso bedrohlich wie die katastrophale Lössow und Seißer unternahmen es, den Herren des Unruhführers und Schädlichen ihres Planes auseinanderzusetzen, weil sie noch Beziehungen zu Ludendorff und Hitler unterhielten, während ich zu Hitler seit Beginn des Frühjahrs 1923 in keiner Beziehung mehr stand, da er meiner wiederholten Aufforderung zur Entgegennahme von Mitteilungen für seine Organisation zu mir zu kommen, nicht entsprochen hatte. Meine Beziehungen zu Ludendorff waren rein geschäftlicher Natur. Es war mir klar, welche fürchterlichen Folgen ein bayerischer Marsch nach Berlin für Bayern, das Reich und die nationale Bewegung haben würde. Eine völlige Zerstückelung des

seit dem Jahre 1920 allmählich erfolgten nationalen Aufbaues und der inneren staatlichen Festigung in Bayern, eine völlige Verwirrung aller Geister im Lande wäre die Folge gewesen. Zudem war es mir bekannt, daß weder Hitler noch Ludendorff in Bayern in weiten Kreisen, insbesondere auf dem Lande, als bayerische Führer angesehen wurden.

Es schien mir undenkbar, daß die bayerische Regierung einem solchen Vormarsch ruhig zusehen konnte, wenn sie überhaupt noch den Namen einer Regierung verdiente. Bayern wäre dadurch aufs tiefste ins Verderben gestürzt worden und hätte den letzten Rest seiner Selbstständigkeit verloren. Ueberdies mußte in diesem Falle mit einer militärischen Aktion Frankreichs, mit der Besetzung wichtiger Handelsstädte, mit dem Einmarsch der Tschechen und Polen gerechnet werden. Das waffenlose Deutschland mußte in einem solchen Konflikt unterliegen. Aber auch im übrigen Reich hätte dieses Vorgehen nicht nur zum Bürgerkrieg, sondern zu katastrophalen Zuständen geführt.

In einem Teil der nationalen Kreise Norddeutschlands wird der Name Ludendorff wegen seiner außenpolitischen Wirkung, Hitler aber unter allen Umständen abgelehnt. Ein Vormarsch Hitlers hätte zu einem zweiten Kriege 1866 geführt und die Folge gehabt, daß das einzige pflichttreue und achtungswürdige Machtinstrument des Reiches, das in mühevoller Arbeit des Generals von Seeckt und seinen Offizieren geschaffen war, die Reichswehr, die letzte Waife gegen den Bolschewismus, zerfallen würde. Wohin wir auch sahen, erblickten wir alle bei einem solchen Vorgehen nur rauchende Trümmerhaufen, Zerstörung und völligen Zusammenbruch. Es bestand auch kein Zweifel daran, daß selbst wenn die Reichswehr und die Landespolizei sich in Bayern beteiligt hätten, das Unternehmen kaum weit über die Donau oder gar über die Landesgrenzen hinaus gekommen wäre. Es fehlte der sogenannten nationalen Armee an allem: An Bekleidung, Ausrüstung, Waffen, Munition und Geld. Die Requisitionen, die kommen mußten, hätten zu einer inneren Zerlegung geführt, hätten die Truppen in den Augen der Bevölkerung zu einer Räuberbande herabgesetzt, die man dahin wünscht, wo der Pfeffer wächst, und gegen die man zum Schutz mit den Waffen vorgeht. Es ist nicht wahr, daß diesem Zuge von allen Seiten bewaffnete Scharen aus dem Reich zugeströmt wären. Wir haben auch wiederholt darauf hingewiesen, daß die Reichswehr sich durch den Namen Ludendorff nicht zum Ungehörig gegen ihre Führer verleiten lassen würde. Wir haben uns diesem Plan, in Bayern die Reichswehr auszurufen und sie mit Waffengewalt vorzuführen, entschieden widersetzt. Jedes derartige Unternehmen, von dem es auch ausgeführt wurde, war von vornherein zum glatten Mißerfolg verurteilt. Auf der anderen Seite waren wir uns darüber klar, daß das Direktorium im Reich wahrscheinlich auf den Widerstand der Kommunisten und der Masse stoßen würde.

Zur Festigung des Direktoriums sollte daher außer der Norddeutschen Reichswehr und den sonstigen Kräften auch die in Bayern entbehrlichen Machtmittel auf Anruf zur Verfügung stehen.

Deshalb war es notwendig, die bayerischen Kräfte zu sammeln und ein starkes Bayern zu schaffen. Ich hatte den aufrichtigen Wunsch, die nationalen Kreise, wenn auch nicht unter einem Hut zu bringen, was bei den Gegensätzen nicht zu erwarten war, doch wenigstens auf eine einheitliche nationale Linie einzufassen. Deshalb habe ich als Generallandkommissar am 27. September die Vertreter aller Verbände eingeladen, es war meine erste Besprechung im neuen Amt. Ich habe dort das nationale Ziel für Bayern und das Reich dargelegt und um die Unterstützung der Verbände gebeten. Ich habe aber auch keinen Zweifel daran gelassen, daß die Staatsautorität zu ihrem Recht kommen müsse, ich habe unbedingte Unterordnung verlangt und betont, daß ich gegen jede Ausbreitung vorgehen müsse. Mit Ausnahme des Kampfbundes erklärten mir alle Verbände, daß sie sich der Arbeit des Generallandkommissariats zur Verfügung stellen und sie unterstützen würden. Von dem Kampfbund war statt der Herren Hitler, Kriebel und Dr. Weber nur Dr. v. Scheubner-Richter erschienen, der erklärte, daß er nur zu informativen Zwecken erschienen und zur Abgabe von Erklärungen nicht berechtigt sei. Ich verlangte daraufhin, daß die Herren mir umgehend noch am selben Tage eine Erklärung über die Haltung des Kampfbundes zukommen lassen müßten. Diese Erklärung trat nachmittags ein, es wurde in ihr eine abwartende Stellungnahme des Kampfbundes angekündigt und festgestellt, daß die Schaffung des Generallandkommissariats ohne Fühlungnahme mit dem Kampfbund erfolgt sei. Hitler hat sich dann auch bei Seißer beschwert, daß keine 14 Versammlungen verboten, und daß er als Führer der größten Organisation nicht als erster zu der Besprechung eingeladen worden sei. Er setzte hinzu, ich (Kahr) stünde im Banne der Kurie, meine Reise ginge nach Paris, keine Rede davon nach Berlin, Oberst v. Seißer trat dieser Auffassung, allerdings ohne Erfolge, entgegen. Nun schritt die völkische Presse zum ersten Angriff. Ich ließ zuerst die Schriftleiter warnen, um die Brücke nicht abzubreaken. Lössow und Seißer blieben weiter in Fühlung mit Hitler.

Mit solchen es vor allen Dingen wichtig, weiterhin dem Gedanken einer Diktatur Hitler-Ludendorff entgegenzutreten.

Es ist bei den folgenden Besprechungen immer betont worden, daß es ein solches Unternehmen auf den Widerstand der Reichswehr und Landespolizei stoßen würde. Weiter wurde mir berichtet, Hitler habe erklärt er würde sich gegenüber dem Generallandkommissar neutral verhalten und nichts tun, ohne Lössow und Seißer zu benachrichtigen. Am 6. Oktober habe ich dann eine Besprechung mit der Presse. Ich betonte dort, daß die Voraussetzung für die Rettung eines Volkes das Vorhandensein einer Staatsautorität und einer Staatsgewalt sei. Um sie wieder herzustellen, sei es notwendig, alle Kräfte für den Staat zusammenzufassen. Mit dem deutschen Volk dürfe man heute keine Experimente

mehr machen. Im Oktober bestand dann die Wahrscheinlichkeit, daß die bayerische Reichswehr vom Reichswehrministerium zur Verwendung in Sachsen und Thüringen kommen würde, und daß in solchem Fall, auch wie das bisher gehandelt war, den Reichswehrkommandeuren Zivilkommissare zur Stelle gestellt wurden. Am 6. Oktober ließ mir Dr. Fried mitteilen, ich möchte doch Oberlandesgerichtsrat Pöhner eine Unterredung gewähren.

Die Unterredung mit Pöhner.

Ich fand am 7. November statt. Ich kam auf die radikale Entwicklung in Thüringen und Sachsen zu sprechen, sowie darüber, daß das Aufgebot der bayerischen Reichswehr zur Wiederherstellung der Ordnung in Frage komme. Da in diesem Falle dem betreffenden Reichswehrgeneraal ein Zivilkommissar zur Seite gestellt werden muß, wäre es vielleicht eine Aufgabe, die Pöhner interessieren könnte. Ich als Generallandkommissar sei nicht berechtigt, einen solchen Kommissar zu befehlen, das sei die Sache des Ministeriums. Ich konnte daher nur unverbindlich mit ihm darüber sprechen. Pöhner erwiderte, er sei eventuell bereit, das Kommissariat für Nordbayern mit späterer Verwendung in Sachsen und Thüringen zu übernehmen, wenn seine Vollmachten entsprechend bemessen würden. Er sei nur bereit, bei weitgehendsten Vollmachten mitzumachen. An Bayern selbst habe er kein Interesse. Er interessiere sich nur für das große Deutschland. Ich erwiderte darauf, daß die Mindestbedingung für die Gründung des Reiches die Gesinnung der Einzelstaaten wäre. Das war die einzige Aussprache mit Pöhner bis zum 8. November. Ich hatte die stille Verjagung, daß Pöhner im Falle seiner Berufung durch die bayerische Regierung seine Stellung als Kommissar zu einer einseitigen Bevorzugung des Kampfbundes benutzen würde, was zu neuer Zwietracht in den Verbänden und zu einer Machtstellung führen würde, die bei der Eigenart Pöhners Reibungen zur Folge haben würde. Anfang November verbreiteten sich dann Gerüchte, daß in den Vaterländischen Verbänden mit übereilten Schritten in Sachsen und Thüringen gerechnet würde. Deshalb habe ich am 6. November die Führer der Verbände zu mir berufen. Ich vermahnte warnend auf diese Gerüchte und gab gleichzeitig meinem Rückfall darüber Ausdruck, daß mit den Namen Kahr, Lössow und Seißer in Nordbayern Mißbrauch getrieben würde, daß die Namen unter Schriftstücken geführt würden, die mit derartigen Unternehmungen in Verbindung gebracht wurden. Ich erklärte, daß ein solcher Unfug unterbleiben müsse, daß ein solches Verhalten Unwahrheit und Unrecht bedeute.

Ich sprach dann davon, daß die Arbeit an der nationalen Sache weitergehen müsse, daß im Reich die Regierung einer starken nationalen Regierung weichen müsse, entweder auf dem normalen Wege der parlamentarischen Entloftung oder auf dem abnormalen Wege für den die Verhandlungen im Gange seien, nämlich auf dem Wege des starken politischen Druckes der Machtfaktoren im Reich, der Landwirtschaft und der Verbände.

Jedes gewalttätige Vorgehen, so betonte ich, sei zum Schaden des Vaterlandes und müsse unerbittlich. Ich verlangte Unterordnung und Disziplin. Das Schicksal Deutschlands dürfe nicht davon abhängen, daß irgendeiner Organisation ihr Geld ausgebe. Die bayerische Reichswehr und Landespolizei würden niemals einen Rührer Putsch mitmachen. Wenn die Verbände sich nicht unterordnen würden, dann müßten sich unsere Wege trennen, dann hätte ich in Reichswehr und Landespolizei ausreichende Mittel, um meinen Willen durchzusetzen. Lössow erklärte dann noch in scharfer militärischer Form:

Die Reichswehr wird gegen jeden Putsch militärisch eingreifen. Die Reichswehr läßt sich nicht in einem zweiten Kapp-Putsch hineinziehen, sie erklärt sich aber mit einem politischen Druck einverstanden.

Lössow wandte sich dann noch scharf gegen einen kurz vor der Besprechung aufgedeckten, befolgten und vom „Kampfbund“ stammenden Befehl, in dem mit der Unterschrift Lössows die Lösung „Auf nach Berlin“ gegeben wurde. Derselbe v. Seißer erklärte, daß die Landespolizei hinter dem Generallandkommissar stände. Der Zweck der Besprechung war, ein eventuelles Unternehmen irgendeines Verbandes zu verhindern. Demals erhielt ich von Großadmiral von Tirpitz aus Berlin ein Schreiben, in dem er betonte, es bestände hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß sich die Dinge in Deutschland festigten. Er habe aber die Sorge, daß der „Kampfbund“ durch einen Vorstoß nach Sachsen und Thüringen alles wieder verloren gehen lassen würde. Ich teilte Tirpitz mit, daß ich tun würde, was in meinen Kräften stände, um ein solches Vorgehen zu verhindern. Eine militärische Aktion gegen Berlin oder dergleichen kam für mich, Lössow und Seißer niemals in Frage. Wie hätten aus dem Norden, daß dort kein Machtfaktor vorhanden war, an den sich ein solches Unternehmen anlehnen könnte.

Ich habe die Einleitung der bayerischen Machtmittel nur für den Fall in den Bereich der Möglichkeit gezogen, daß die Verhältnisse im Norden sich ähnlich entwickeln würden wie im Frühjahr 1919 in München. Als Seißer mich fragte, was er den norddeutschen Herren auf ihr Verhalten „Nur von Bayern könne die Rettung kommen“ und auf ihre Frage, ob Bayern im Falle einer kommunistischen Erhebung Norddeutschland helfen würde, antworten sollte, erklärte ich, Bayern wird die nationale Sache im Reich nicht im Stich lassen. Genau so, wie nichtbayerische Truppen im Jahre 1919 an der Beseitigung Münchens teilnahmen, wird Bayern den notleidenden Staaten helfen, wie es auch 1920 seine Reichswehr ins Ruhrgebiet geschickt hat. Aber helfen können wir nur auf Wunsch.

Die Zusammenkunft mit Ludendorff.

Das Schreiben, das Oberstleutnant Kriebel am 7. November an die Verbände gerichtet hat, beweist, daß die Herren sich darüber klar waren, daß Kahr, Lössow und Seißer gegen jeden Putsch man

militari einschreiten würden. Am 8. November fand dann die Unterredung mit Ludendorff statt. Zunächst wurde darüber gesprochen, daß es bei der wirtschastlichen und politischen Lage unumgänglich notwendig sei, ein unabhängiges überparlamentarisches Direktorium zu schaffen. Ich erklärte, daß das nicht allein von Bayern aus, sondern aus norddeutschen Kreisen heraus geschehen müsse. Ludendorff sprach seinen Zweifel darüber aus, daß sich in Norddeutschland die geeigneten Männer finden würden. Er wolle in Fühlung mit dem Norden stehen, aber die Sache eile, denn die Roten seien dringend und es sei zu befürchten, daß die Verbände loszulaufen. Darauf erklärte Lössow, der bei der Besprechung zugegen war: „Ja, was wollen denn die Leute eigentlich? Sie können doch nichts gegen die Reichswehr unternehmen. Sie täuschen sich, wenn sie glauben, daß die Reichswehr ihren Führern fortlaufen wird.“

Am 5. November habe ich eine Zusammenkunft mit miral Scheer gehabt. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß der Plan einer Diktatur Hitler-Ludendorff zur Katastrophe führen mußte. Einige Tage vor dem 8. November hat mir dann Schmidt die Mitteilung gemacht, daß in den großen Verbänden von Industrie, Handel und Gewerbe die Absicht bestünde, die eine Aufmerksamkeit zu erweilen. Ich sollte am 8. November in Künstlerhaus meine Ansicht über den Marxismus darlegen. Ich erklärte, das hätte ich schon oft getan, ich hätte keine Zeit und hätte keine Freude an öffentlichem Auftreten. Ich erklärte mich aber schließlich bereit, in kleinem Kreise zu sprechen.

Am 7. November erfuhr ich zu meiner Überraschung, daß die Verammlung im Bürgerbräu stattfinden und daß von mir eine Rede erwartet werde.

Ich war davon unangenehm berührt, habe mich dann aber gefügt. Die Sicherung des Saales hatte die Polizeidirektion übernommen. Als ich mit Oberst v. Seißer das Bürgerbräu betrat, merkte ich eine gewisse Erregung unter zahlreichen jungen Leuten, die sich am Eingang aufgestellt hatten. Auch auf der gegenüberliegenden Seite standen junge Leute, die anscheinend auf etwas warteten. Ich hatte ein unbehagliches Gefühl. Im Saal hatte ich dann etwa eine halbe Stunde gesprochen, als am Eingang Lärm entstand.

Ich glaubte zuerst an eine kommunistische Störung, sah dann aber mehrere Bewaffnete in den Saal bringen, ein Mann, in dem ich später Hitler erkannte, vorwiegend, mit der Pistole in der Hand, wobei ich den Eindruck hatte, daß die Pistole beständig auf mich gerichtet war. Ich hatte zunächst das Gefühl des Angriffes und des Kleins über einen solchen Überfall nationaler Männer auf nationale Kreise. Ich empfand aber auch tiefe Trauer darüber, daß dadurch innen- und außenpolitisch eine schwere Katastrophe für Bayern und das Reich drohen könnte. Ich hatte zunächst die Absicht, die Verammlung aufzufordern, sich gegen den Überfall zur Wehr zu setzen, erkannte aber, daß bei der fürchterlichen Enge eine Panik ausbrechen und zahllose Menschenleben gefährdet werden mußten.

Ich begab mich dann zum Podium in den Saal zu Lössow und Seißer und sagte zu ihnen leise: Da hat uns die Polizei in eine schöne Schmeiße geraten lassen. Wir müssen schauen, wie wir da wieder herauskommen. Dabei fiel auch das Wort „Komödie spielen“.

Auf mir, so fühlte ich, lastete damals die schwerste Verantwortung für den Saal. Trotz aller Gefühle, die auf mich einströmten, blieb ich ruhig. Mein Gedanke war: „salus publica suprema lex“. (Das Wohl des Staates ist oberstes Gesetz. Red.) Ich hatte nur den Gedanken, mir möglichst bald meine Freiheit wieder zu verschaffen.“ Nach Schluß der Rede, wie er, Lössow und Seißer von Bewaffneten umringt, in das Nebenzimmer gebracht wurden, wobei sie am Eingang des Saales über ein Raschierengewehr hinwegsteigen mußten. Im Nebenzimmer habe dann Hitler die bekannte Erklärung abgegeben, daß die Reichsregierung und die bayerische Staatsregierung abgesetzt seien und daß eine nationale Regierung gebildet werde.

A. M. Dr. Holl: Was Erzellenz Rahr hier ausgesagt hat, ist Wort für Wort das, was er in der Voruntersuchung gesagt hat. Ich bitte doch, daß ein Zeuge von der Qualität des Herrn Staatskommissars a. D. in seiner Rede spricht.

Die Vergewaltigung.

Rahr schildert dann weiter die Unterhaltung im Nebenzimmer, wie sie aus der Aussage des Generals v. Lössow bereits bekannt ist. Er erklärt, daß er selbst mit keiner Erklärung gezwögert habe, weil er immer noch die Hoffnung habe, daß er, Lössow und Seißer durch die Polizei aus ihrer peinlichen Lage befreit würden.

Musik und Schule.

Von Dr. Rudolf Reisch.

Die Zahl derer, denen die Unmöglichkeit und Unerträglichkeit eines nur auf die nackte Nahrung des Lebens gestellten Daseins stärker und stärker zum Bewußtsein kommt, wächst immer mehr. Abwendung vom bloßen Nahrungswert, von rein verstandesmäßiger Einstellung zu den Lebensproblemen, Sehnsucht nach einem Leben von innen heraus, bewußte Betonung und Pflege der Geselligkeit, das sind Züge der neuen Geistigkeit, wie sie vor allem in der jungen Generation, in den vorwiegend Kreisen unserer modernen Jugendbewegung immer klarer zutage treten.

Man mag nun behaupten, geistige Bewegungen und Strebungen setzen sich aus eigener Kraft durch. Gewiß liegt viel Wahrheit darin. Die Pflanzstätten der Jugend, die Schulen, würden sich aber selbst zum Sturz verurteilen, wollten sie nicht den Versuch machen, mitzuwirken an der Herausarbeitung des neuen Menschentums.

Vielen ist längst klar, daß nur eine völlige Neueinstellung des Schulbetriebes die Bahn zu reinen Höhen freimachen kann. Und trotzdem liegt die Schule noch größtenteils in den Banden des alten Lernschul- und Examenssystems, weil weiteste Kreise noch immer nicht eingesehen haben, daß unsere im 19. Jahrhundert rein intellektuell gewordene Kultur abgewirtschaftet hat, daß der lähmende Fluch des Verstandes, der die letzten Weltträsel lösen sollte, uns vor allem unsere Schranken zerlegt und wertvolles Seelengut erstickt hat: Innerlichkeit, Phantasie, Gefühl, Gemüt.

Die Kunst, zu lange als schöne Geistes, als bloßes Ornament empfunden, wird von diesem Gesichtspunkte aus etwas Wesentliches, notwendige Erfüllung ungezügelter Sehnsucht; als Auserwählter Innerlichkeit ist sie berufen, in der Schule die längst empfundene Lücke der inneren Bildung des heranwachsenden auszufüllen, das entzerrte Gefühl wieder in seine Rechte einzusetzen.

Ueberflüssig zu betonen, daß der Ruf „Kunst in die Schule!“ nicht von heute und gestern ist und sich trotzdem so wenig in die Praxis umgesetzt hat, am allerwenigsten merkwürdigerweise in der reinsten aller Künste, der Musik. Dies ist um so unverständlicher bei einem Volke, das zugestandenemmaßen zu den musikalischsten Völkern gehört und doch einmal eine Musikultur besessen hat, so volkstümlich und umfassend, daß sie das ganze Volk ohne Unterschied des Standes durchdrungen hat. (Der völlige Verfall hausmusikalischer Betätigung und des Verfallens dreier Schichten an den musikalischen Rhythmus wird durch den augenblicklichen Zustand freilich verständlich.)

Bewunderlich hin, verwunderlich her: die Notwendigkeit einer Reform der Schulmusik ist erkannt, jetzt sogar von amtlicher Stelle. Vom preussischen Kultusministerium ist dem Präsidenten und den Abgeordneten des Preussischen Landtages eine Denkschrift überreicht worden, deren Hauptautor der Ministerialreferent Prof. Reisinger sein dürfte. Ausgehend von der Verwahrheitung der geistigen Lage und von der Not der Zeit, wird in den beiden Hauptkapiteln „Musik und Schule“ und „Musik und Volk“ einbringlich und überzeugend gezeigt, was not tut und welche Wege zu dem klarstehenden Ziele führen.

Für mich stand fest, so erklärte er, daß durch Hillers Vorgehen alle Hoffnungen, die wir selbst auf eine Gefangung setzten, im Reich und in Bayern für lange Zeit zerstört waren. Die Behauptung, daß ich selbst die Wölfe geholt habe, 14 Tage später loszuschlagen, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Es ist auch nicht richtig, daß ich im Saal dann Hillers beide Hände ergreifen und gebückt habe. Dazu habe ich wahrhaftig nicht den mindesten Grund. Ich wurde auch direkt gezwungen, eine öffentliche Erklärung abzugeben. Ich wollte erst nicht, aber Hitler sagte zu mir:

Wenn Sie nicht gehen, dann werden Sie an den Händen hincelgetragen und man wird vor Ihnen niederknien.

Ich erwiderte ihm sehr kalt: daß mir daran nicht das mindeste liege. Weiter schildert Rahr dann die Ansprachen im Saal und die abermalige Besprechung im Nebenzimmer. Ihm habe daran gelegen, sobald wie möglich aus dem Bürgerbräu fortzukommen, um seine Freiheit des Handelns wieder zu gewinnen. Ich begab mich endlich im Auto ins Regierungsgebäude zurück und traf dort den Baron Freyberg an, dem ich alles erzählte und mitteilte, daß wir nicht mitmachen würden. Freyberg habe bereits Schritte zur Abwehr mobil gemacht und ich gab ihm den Auftrag, darin fortzufahren. Ich überlegte, von wo aus die Operation einleiten könnte, von München aus oder vom Isarischen Lande.

Gegen 11 Uhr rief mich Minister Matt an, dem ich alles schilderte und dem ich auch sofort erklärte, daß ich mich an nichts gebunden hatte. Ich sagte ihm vorsichtig, am Telefon könne ich ihm nichts Näheres sagen. Matt fragte dann noch: „Was will denn Hitler eigentlich?“, und ich sagte ihm: „Den berühmten Marsch nach Berlin aufzuziehen.“ Matt antwortete lakonisch: „Da wird er weit kommen. Schöne Zustände!“

Inzwischen waren Fria und Böhner gekommen, die ich eine halbe Stunde warten ließ, weil ich hoffte, daß inzwischen Seiser kommen würde. Endlich mußte ich die Herren empfangen und auf die Frage Böhners teilte ich mit, daß ich allen Regierungsstellen bekanntgegeben hätte, ich halte als Statthalter der Monarchie alle Macht in Bayern in den Händen. Ich betonte Böhner gegenüber ausdrücklich, daß ich das Unternehmen Hillers nicht für aussichtsreich halte, da einmal der Name Ludendorff auch bei den nationalen Verbänden in Norddeutschland nicht angenehm sei wegen der außenpolitischen Wirkungen, und weil man sich eine Diktatur Hiller auf keinen Fall gefallen lassen werde. Ich fuhr dann in die Kaserne 1/19, wo Hitler bereits war. In der Kaserne traf ich Lössow mit seinem Stabe und Seiser. Hinterher kamen auch die anderen Herren des Generalsstabskommandos. Unser Bestreben war darauf gerichtet: Wie können wir die Situation retten und die Katastrophe möglichst unbützig lösen? In der Kaserne selbst war unsere Position sehr schwach. Ein Kampf bei Nacht war aussichtslos und bis zum Eintreffen der Verstärkungen durfte aus der Kaserne nichts über unsere Absicht hinausdringen. Um jedoch alle Behörden ins Bild zu setzen, ist dann nachts 3 Uhr der bekannte Funkpruch erlassen worden. Es war ein Aufruf am Morgen beschlossen. Leider konnten die Zeitungen nicht mehr am Morgen veröffentlicht werden.

Morgens gegen 5 Uhr hörte ich, daß Ludendorff und Hitler durch Oberst Leupold über unsere Ansicht verständigt worden waren.

Endlich kamen die herbeigezogenen Verstärkungen heran und General v. Danner wurde mit der Entwaffnungsaktion beauftragt.

Seine Majestät . . .

Gegenüber den Gerüchten, die noch immer im Lande umlaufen, ist die durch Kardinal Faulhaber oder durch Se. Majestät oder durch Parteiführer umgestimmt worden, betone ich, daß hieran kein wahres Wort ist. Se. Majestät war gar nicht in München und Kardinal Faulhaber, den ich unendlich hoch schätze und vor dem ich die größte Achtung habe, hatte mit mir nur ein einziges Mal bei seinem Amtsantritt eine Unterredung. Im übrigen lasse ich meine Entscheidungen nicht durch andere bestimmen. Mein Entschluß, Hitler entgegenzutreten, war bereits im Bürgerbräu gefaßt, wenn ich dort auch noch nicht mußte, wie wir es machen würden. Ich hatte nicht den leisesten Zweifel darüber, daß die Aktion schon nach wenigen Tagen von katastrophaler Wirkung für das Reich und Bayern in innen- und außenpolitischer Beziehung sein würde. Das politische Spiel, das ich am 8. November abends spielen mußte, war für mich „severa necessitas“ (eine bittere Notwendigkeit). Aber über allem stand für mich der Grundsatz: „salus publica suprema lex“. Dazu kam für mich der große Schmerz, daß durch die Hitler-Bewegung das Gefunde in der vaterländischen Bewegung schon lange Zeit verschüttet worden war, wie Bayerns und Deutschlands Schicksal sich

entscheiden würde. Für mich persönlich war an diesem Abend viel an Hoffnungen und an persönlichem Vertrauen in meinem Herzen zusammengebrochen. Alle diese Vorgänge sind ja neuerdings Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung. Was auch immer kommen wird, ich selbst habe nichts zu scheuen und werde offen Rede und Antwort stehen. Ich habe immer nur das Bestreben gehabt, den Staat vor schlimmen, unheilvollen Erschütterungen zu bewahren. Einer der Verteidiger sprach davon, daß ich andere die Arbeit machen lasse und mich dann hinein setze. Bei meiner nationalen Arbeit habe ich stets nur den Wunsch gehabt, dem Vaterlande zu dienen. Ich habe nie eine Führerrolle angestrebt und es ist nicht schön gewesen, aus meiner ruhigen, friedlichen Arbeit in den Sumpf der Politik hinabzusteigen. Nach dem Beifall der Menge rede ich nicht. Und überschätze ich auch nicht, denn ich kenne sehr wohl das Hofmann und „Kreuzige ihn“. Ich habe auch nicht, wie man mir vormißt, einen Ministerposten angestrebt. Wenn ich vorübergehend ein solches Amt übernahm, so geschah das auf Wunsch vieler nationaler Kreise. (Fortsetzung im Morgenblatt.)

Begnädigung — sonst Landesverrat.

Eine Enthüllung zum Hitler-Prozess.

Der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Schäfer, der in der Nacht zum 9. November als Regierungsrat den Aufruf der bayerischen Kampfbewegung gegen den „Preußen Ludendorff“ verfaßte und im Landtag vom föderalistischen Flügel der Bayerischen Volkspartei gehörte, ist jetzt mit einer sensationellen Enthüllung an die Öffentlichkeit getreten, nachdem das Volksgericht seiner Bitte auf Zeugenschaft nicht entsprochen hatte. Der Vorgang ist nach einem Münchener Telegramm des „A. L.“ folgender:

Die öffentliche Propaganda hatte den Hitler-Prozess durch die immer wiederholte Behauptung zu hintertreiben versucht, daß die Verteidigung in ihm Dinge zur Sprache bringen müsse, die das Land schänden würden. Ein öffentlicher Angeklagter wandte sich unter Berufung auf einen Namen von besonderer Bedeutung an den Abgeordneten Schäfer, der jedoch die Möglichkeit, ein Hochverratsverfahren durch Vergleich zu erleidigen, zurückwies und den Vorstehenden des Volksgerichts informierte.

Bei einer weiteren Besprechung mit dem Verteidiger Rechtsanwalt Hemmeter machte dieser allen Ernstes den Vorschlag, die Staatsregierung möge den Angeklagten von sich volle Begnadigung nach dem Verleispruch zusichern; dann sei die Verteidigung bereit, den Prozeß so zu führen, daß das Vaterland nicht geschädigt werde. Wenigstens möge Regierungsrat Schäfer eine persönliche Zusicherung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Matt erwirken, daß er für seine Person sich unter jeder Voraussetzung für die unbedingte Begnadigung der Angeklagten einsetzen werde.

Bei dieser Gelegenheit wurden dem Abgeordneten Schäfer auch die Beseitigungsanträge der Angeklagten zur genauen Kenntnisnahme vorgelegt. Herr Schäfer glaubte ausfallenderweise, dieses standlose Angebot erst beschließen zu müssen, ehe er in einem absehenden Schreiben den „nationalen“ Verteidiger daran erinnerte, daß eine bewußte Schädigung der vaterländischen Interessen Landesverrat und es die Aufgabe der Verteidigung sei, freiwillig jede Schädigung des Vaterlandes zu vermeiden. Herr Schäfer hatte dem Vorstehenden des Volksgerichts einen Durchschlag dieses Schreibens geschickt, was dieser Herr Hemmeter sofort wissen ließ.

Herr Hemmeter sucht sich jetzt durch einen Brief herauszureden, auf den hin Abgeordneter Schäfer jetzt im „Bayerischen Kurier“ seine Beschuldigung wiederholt, daß die Verteidigung durch Hemmeter der bayerischen Regierung die Schonung gewisser Staatsinteressen zugesichert habe, wenn als Gegengabe die Begnadigung aller Angeklagten fest zugesagt werde.

Das paßt ganz zu dem letzten Vorstoß eines der Verteidiger, der erklärte, wenn Rahr, Lössow und Seiser vernommen würden, gäbe es „Kampf bis zur letzten Patrone“. Die Helden, die „das Vaterland erneuern“ wollten, haben augenscheinlich ein sehr schlechtes Gewissen.

des Staates das Lustspielhafte herauszubringen bemüht war, mit allen erweichlichen Maßnahmen, mit der Betonung der Extremität und des Komischen, statt des Parodistisch-Problematischen. So wurde die Komödie robort — dank der klüßigen Dekorationen, dank der mißverständlichen Ausgelassenheit der temperamentvollen und sogar begabten Claire Selo, der Realist Gustav Ross, und Vinc Paulsen und vieler anderer, unter denen der ergaste, Erlebnis in der Bewegung komprimierende und nur manchmal das Groteske übertriebende Kauf Bange bedeutsam als einziger, Bedeutsam verlebender Schauspieler herporragte. Sympathisch und stellenweise erstiegertes Tempo wästernd waren der lebenswürdige Ernst Präkel, Till Klockow, Franziska King. Aber einzelne Momente konnten nicht darüber hinweghelfen, daß die Weidensche Satire gegen den Naturalismus — naturistisch gegeben wurde. Man möchte sie „amüsan“ und vernünftig die Parodie. Bedeutsam war den dramaturgischen und dem zuckenden Bürgerturn preisgegeben.

Wahlsymbole der italienischen Parteien. Der Wahlkampf in Italien, der mit großer Erbitterung geführt wird, hat eine ganze Anzahl von Parteien auf den Plan gerufen, die alle besondere Symbole haben, mit denen sie Anhänger herbeizögen wollen. Die Faschisten haben natürlich auf ihrem Banner die altrömischen Vorkriegsbündel, die Falces, von denen ihr Name herkommt. Eine Sonderart der Faschisten hat sich einen römischen Adler gewählt, der die Falces in seinen Klauen hält. Andere Faschisten wählten einen Adler auf, der gegen einen Stern ansetzt, noch andere ein altrömisches Schiff. Das Zeichen der Liberalen ist die Nationalfahne mit einem fünfzackigen Stern. Die Demokraten haben den italienischen Stern; die Republikaner einen Spaten, der mit einem Kreuz umschlungen ist. Die Reformfaschisten zeigen als ihr Symbol die strahlende Sonnenscheibe mit den Worten „Freiheit und Sozialismus“; die Marxisten haben eine Sichel, einen Hammer und ein Buch; die Kommunisten eine Sichel und einen Hammer unter einer Sonnenscheibe, umgeben von Kornähren. Die Popularen kämpfen unter dem Schilde der Kreuzfahrer, auf dem das Wort „Libertas“ steht. Im Süden Italiens gibt es verschiedene kleinere Parteien, von denen eine als ihr Sinnbild David mit der Schärpe gewählt hat. Andere Wahlsymbole sind eine Uhr, ein Pferd, eine Waage, der Aetna, Weintrauben, Edelweiß, ein Zweig des Delbaumes, ein Engel mit einem Pfeil in der Hand usw. Die meisten oppositionellen Parteien verwenden das Wort Freiheit in italienischer oder lateinischer Sprache.

Königliche Rotgardisten. In ihrem Bestreben, die Zeit der Mätherrschaft aus der Geschichte des ungarischen Glodus zu verweisen, hat die dortige Regierung jetzt angeordnet, daß die Berufsbezeichnung „Rotgardist“ in Ständeregistern jener Zeit durch „königlich ungarischer Infanterist“ (oder Grenzwächter) zu ersetzen sei. Segar im jetzt deutschösterreichischen Burgenland soll diese famole Änderung vorgenommen werden, und die Geipel-Regierung will dieses Ansehen erfüllen!

Die Sängerin Emma Delpin beschäftigt, nach ihrer beschriebenen Amerikareise mit der in Deutschland Konzerte und Opernvorstellungen zu geben. In Berlin wird sie zum erstenmal Mitte April auftreten.

„Die junge Welt“.

Nicht einmal das Residenztheater (Regie Hans J. Reisinger) kann Bedekind ganz unwirksam machen. Selbst dort, wo er mit Sudermann verwechselt wird, überwindet er das Hochverstandnis der Regie und der Akteure durch seine romantische Ironie, die von keiner Unbekanntheit zu überwältigen ist. So galt ein großer Teil des Erfolges, den gestern die Erstaufführung der „Jungen Welt“ im Residenztheater erlangte, nur dem für die Begriffswelt des bürgerlichen Mittelstandes erstellten Dichter; aber ein ganz kleiner Teil auch dem ersten.

Es war allerdings schwierig, zu diesem vorzubringen. Man mußte sich zuerst gegen ihn auf der Bühne zuzuge tretende Aufsehung durchgekämpft haben, die aus der komödiantischen Geistigkeit

Seekt an Quidde.

Drohung mit dem Landesverratsparagrafen.

Auf eine Eingabe, die der bekannte Pazifist, Professor Dr. Quidde, am 3. Januar d. J. an den General v. Seekt gerichtet hatte, wurde, wie wir bereits früher mitteilen, folgender, in seinem vollen Wortlaut erst jetzt bekanntwerdender Bescheid erteilt:

Nr. 303/124 T. I. III. Berlin, den 3. Januar 1924.

Am das Deutsche Friedenskartell, z. H. des Herrn Professor Quidde, Berlin.

Auf das Schreiben vom 3. Januar 1924 sachlich einzugehen, muß ich mir verweigern.

Die Gedankengänge des internationalen Pazifismus sind für ein international berart mißhandeltes Volk wie das deutsche Volk schon an sich schwer begreiflich; wenn aber jemand nach den Erfahrungen, die Deutschland mit dem Ruhrkrieg gemacht hat, und in einer Zeit, in der Frankreich den Vertrag von Versailles täglich mit Füßen tritt, für die Durchführung dieses Vertrages im Interesse der Franzosen sich einsetzt, so kann ich dies nur als den Gipfel der Würdelosigkeit bezeichnen. Im übrigen möchte ich Sie dringend darauf aufmerksam machen, daß ich bei einer Erörterung der in Ihrem Schreiben berührten Fragen in der Öffentlichkeit sofort mit den Mitteln des Ausnahmezustandes gegen Sie einschreiten werde, ganz unabhängig von einem Verfahren wegen Landesverrats.

Mit dem komplizierten Problem des Pazifismus wollen wir uns hier nicht auseinandersetzen. Ein deutscher General versteht unter Pazifismus eine vaterlandslose, dem Ausland gegenüber feindselige Gesinnung. In anderen Kreisen, besonders des Auslandes, versteht man darunter aber eine Weltauffassung der Friedensliebe, wie sie jeder anständige Mensch haben soll, und als Gegensatz dazu betrachtet man eben das, was man als Militarismus, Revanchegedanken u. m. bezeichnen pflegt.

Wenn also der Chef der Reichswehr ein Verdammungsurteil über den Pazifismus fällt, so legt er damit dem Ausland die Auffassung nahe, daß in Deutschland der Geist des Militarismus weiter herrscht. Diese Auffassung ist aber im höchsten Grade dazu geeignet, die außenpolitischen Interessen des deutschen Volkes zu schädigen.

Der Brief an Seekt ist bisher nicht veröffentlicht. Er war im Auftrag einer Reihe von pazifistischen Verbänden an den General gerichtet, und trug als erste neben vielen anderen die Unterschrift Quiddes. Er enthielt, wie uns versichert wird, nichts, was den Vorwurf des Generals, es würden durch ihn französische Interessen vertreten, rechtfertigen würde. Um so mehr ist die Drohung mit dem Ausnahmezustand und dem Landesverratsparagrafen — diesem gefährlichen Kind für alles — zu verurteilen.

Die Veröffentlichung des Briefes des Herrn v. Seekt fällt in eine Zeit, in der seine Persönlichkeit mehr denn je umstritten ist. Der Münchener Prozeß läßt es als einigermaßen dunkel erscheinen, welche Rolle der General bei jenen Direktionsplänen gespielt hat, die mit den Plänen Rabrs parallel liefen. Herr v. Seekt war es auch, der — übrigens nicht in gutem Glauben — immer wieder versichert hatte, Bismarck sei absolut loyal und zuverlässig. Ein Mann, der sich in dem Charakter seiner eigenen, nächsten Untergebenen so vollständig täuscht, ist wohl auch nicht befähigt, eine richtige Vorstellung von Männern zu gewinnen, die ihm so wesenfremd und weltfremd sind wie der Professor Quidde.

Wir brauchen eine Volkvertretung, die entschlossen ist, Generalspolitik in keiner Form zu dulden. Der Brief Seekts ist ein neuer Beweis dafür.

Uebrigens hat das Friedenskartell gleich nach Eingang des Schreibens vom 9. Januar eine Beleidigungsplage gegen Herrn v. Seekt angestrengt. Die Veröffentlichung des Schreibens ist jetzt durch eine Berliner Lokalcorrespondenz erfolgt in Verbindung mit der Nachricht, daß die sog. „vaterländischen Verbände“ den Prof. Quidde wegen eines „Landesverrats“ demunziert haben, den er kürzlich in der „Welt am Montag“ begangen haben soll. Die Veröffentlichung des Seekt-Briefes, die einen Bärendienst für den Schreiber bedeutet, ist wohl gleichfalls durch die „vaterländischen“ Demunzianten veranlaßt.

Sozialistische Balkankonferenz.

Bgrad, 10. März. (Tl.) In drei Tagen beginnt in Bukarest die Konferenz der Balkanföderation der Sozialistischen Internationalen. Gegenstand derselben bildet die Austrohung von Differenzen zwischen der jugoslawischen und bulgarischen Sozialdemokratie. An der Konferenz nimmt auch der Sekretär der Sozialistischen Internationalen, Friedrich Adler, teil.

Die Firma Morgan lehnt es nach einer Reutermeldung aus New York ab, die Gerüchte, wonach sie im Begriff sei, mit der französischen Regierung über eine Anleihe zu verhandeln, zu bestätigen oder zu dementieren. Auf jeden Fall ist man aber der Meinung, daß in der Sache keine Entscheidung möglich ist, bevor der Bericht des Generals Dames erstattet worden ist.

Der Kampf um das Kalfat. Der Präsident der türkischen Republik hat dem Chef der Muselmanen von Indien ein Telegramm übermittelt, in dem er ihm die Entscheidung der Rationalisierungsämter über die Beilegung des Kalfats mitteilt und ihm erklärt, daß das Amt des Kalifen jetzt von der großen Nationalversammlung der Türken und von der Regierung ausgeübt werde.

Aus der Partei.

Die Kandidatenaufstellung.

Hannover, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialdemokratische Parteikonferenz für den Reichstagswahlbezirk Garbarn, Stade, Vöhring in Lelien beschäftigte sich am Sonntag nochmals mit der Spitzenkandidatur Roske. Der Bezirksvorstand Hannover erklärt nochmals, daß er eine Kandidatur Roske nicht gern sähe, weil der Oberpräsident dadurch seinen hohen dienstlichen Verpflichtungen teilweise entzogen werden könnte. Es kam nicht zu einer endgültigen Einigung. Die Abstimmung ergab ungefähr Stimmengleichheit zwischen den Gewährten und den Gegnern der Kandidatur. Infolgedessen wird der Parteivorstand die endgültige Entscheidung fällen.

Dresden, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fand die außerordentliche Bezirkskonferenz statt, die zur Reichspolitik und zur Aufstellung der Kandidaten zum Reichstagswahlbezirk Dresden der erweiterten Bezirksvorstand sahna mit 16 gegen 21 Stimmen als Spitzenkandidat den Genossen Quidde vor. Die Konferenz von Ditzsch, die die endgültige Auffassung vorzunehmen hat, beschloß dagegen durch Abstimmung, als Spitzenkandidat den Genossen Fleißner aufzustellen. Ihm folgten Lohr, Sender, Schmidt-Reihen und Krüsig. Diese Kandidaten gelten nunmehr als endgültig aufgestellt.

Judenhege und Schuljugend.

Die Angriffe der Antisemiten gegen das Judentum hat der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in einer Reihe von Vortragsabenden erörtert. Eine Ergänzung war der am Montag veranstaltete Vortragsabend, der noch eine Aussprache über „Schule und Antisemitismus“ brachte. Ob der Antisemitismus in die Schule hineingetragen werden darf, das ist eine der wichtigsten unter all den Fragen, die bei der Betrachtung des Treibens der Antisemiten sich uns aufdrängen.

Der erste Redner, Studienrat Dr. Henning, hob hervor, daß Schule und Antisemitismus eigentlich gar nicht miteinander in Verbindung gebracht werden können. Die Schule ist eine Bildungsstätte, und gerade sie muß Verallgemeinerungen bekämpfen, wie wir sie in den noch fertigen Gesamturteilen über das Judentum so oft sehen. Dr. Henning befragte, daß in der Schule durch Hineintragung des Antisemitismus die Beziehungen des Lehrers zu seinen Schülern und der Schüler zu ihren Mitschülern gestört werden. Ein Lehrer solle sich sogar gerührt haben, in seiner Klasse würden Juden nie lange bleiben, er würde schon dafür sorgen, daß sie möglichst bald ausweichen. Viel Schuld trifft, wie der Redner ausführte, auch das Elternhaus, das nur zu oft die Kinder verheißt. — Prof. Dr. Hildebrandt, der dem Lehrerkollegium des Gymnasiums zum Grauen Kloster angehört, betonte, daß die Schule eine Gemeinschaft ist, und zur Gemeinschaft erziehen muß. Untauglich und verwerflich ist eine Erziehung, die den Schüler von seinen Mitschülern abspaltet. Bekämpfen kann die Schule den Antisemitismus durch Aufdeckung des Fehlschlusses der Verallgemeinerungen, aber auch durch Pflege des natürlichen Kameradschaftsgefühls der Schüler. Dr. Hildebrandt hofft von der Jugendbewegung, daß sie den Antisemitismus abschütteln wird. Vorbildlich für uns leitere seien die Bestrebungen der Jugend, alle Richtungen in gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. — Es folgte ein Vortrag des Studienrats Dr. Friederizil, der die „abfällige Idee“ vertrat. Die Leitung des Zentraltreffens hatte bei der Auswahl der Vortragenden dafür gesorgt, daß auch Gegner zu Worte kamen. Dr. Friederizil „kann sich für einen Deutschen keine andere Lebensaufgabe denken, als fanatisch deutsch zu sein“. Er bedauert aber, daß diese Bewegung „sich bei Irregelmäßigkeiten so häßlich auswirkt“. Die Schule müsse im wissenschaftlichen Unterricht vorurteilsfreie Wahrhaftigkeit anstreben und daher auch die Judenfrage besprechen, doch dürfe sie keine feste Meinung einprägen. — Gegen diesen Redner wandte sich Oberstudienrätin Gerhardt. Den Haß gegen das Judentum könne die Schule dadurch in das rechte Licht rücken, daß sie die Kinder auf den Haß anderer Völker gegen die Deutschen hinweist. An dem Beispiel Spaniens könne die Schule zeigen, wie die Austreibung eines Volkskeiles die ganze Wirtschaft eines Landes zu zerstören vermag. Die Rednerin berichtete über gute Erfahrungen mit einem für Kinder aller Konfessionen gemeinsamen Religionsunterricht. — Vom Standpunkt der katholischen Kirche verwarf Kaplan Fehsel die Hege gegen andere Bürger des Staates, der ein von Gott eingesetztes Mittel zur Sicherung friedlichen Zusammenlebens der Menschheit sei. — Der einzige Jude unter den Vortragenden, Mittelschullehrer Stern, schilderte als Vater die Leiden jüdischer Kinder in antisemitisch verfeindeten Schulen. In manchen Gegenden Deutschlands geht der Judenhaß in den Schulen bis zu dem durch Vereinbarung festgesetzten Brauch nichtjüdischer Schüler, mit jüdischen Schülern nicht zu sprechen. So wirkt die Verhehlung des Elternhauses auf die ohnedies zur Grausamkeit geneigte Jugend. Der Antisemitismus ist, sagte der Redner, eine Angelegenheit nicht der Schule, sondern der gesamten Öffentlichkeit. Aber wir sollen diesen Kampf auskämpfen — nicht unsere Kinder!

An der sich bis Mitternacht hingehenden Aussprache beteiligten sich Redner verschiedener Richtungen. Die ganze Veranstaltung zeichnete sich durch die ernste Sachlichkeit aus, mit der fast alle Redner und Rednerinnen die Frage des Antisemitismus behandelten.

Ein Tochtermörder.

Ein grausiges Verbrechen wurde gestern früh in dem Hause Remeler Straße 28 verübt. Hier wohnt im Erdreihof des Vorderhauses ein 58 Jahre alter Arbeiter Richard Springer mit seiner Frau, seiner 25jährigen Tochter Essi und zwei Söhnen. Springer wurde im November vorigen Jahres aus dem Zuchthaus entlassen, in dem er wegen Blutschande 1 1/2 Jahre verurteilt war. Seine Frau nahm wahr, daß er trotz dieser Strafe der Tochter von neuem nachstellte und traf deshalb besondere Vorkehrungen. Trotzdem kam es zu einer entsetzlichen Katastrophe. Springer ermordete seine Tochter, als sie schlief. Mit einem Beil schlug er blindlings auf den Kopf ihres Opfers ein. Die Überfallene konnte nicht einmal mehr um Hilfe rufen. Das Geräusch weckte die Mutter, aber sie sah nur nach, daß ihr Mann das Beil wegwarf und davon lief. Die Frau schlug Alarm, man holte die Polizei und brachte das Mädchen, das noch Lebenszeichen von sich gab, nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Hier starb es bald nach seiner Aufnahme. Die Beilhebe hatten den Schädel zertrümmert, und die Ärzte glaubten auch mehrere Wunden zu erkennen. Springer stellte sich gestern abend selbst auf der Wache des 233. Polizeiregiments in Treptow. Er will die Tat aus Eifersucht verübt haben, weil seine Tochter mit einem anderen Manne verkehrt habe. Es scheint jedoch, daß die Tat darauf zurückzuführen ist, daß seine erneuten Nachstellungen erfolglos blieben. Was er behauptet, sei er noch der Tat nach dem Plänenwald in Treptow, um sich das Leben zu nehmen, er habe versucht, sich zu erhängen, der Riemen sei aber gerissen. Darauf habe er sich entschlossen, sich selbst zu stellen.

„Prophet Johannes“.

Spelittstencrummel im Schulgebäude.

Man schreibt uns: Seit Jahrzehnten macht in Berlin der Spelittst und „Magnetopoth“ Johannes Weisenberg, ein etwa 55 Jahre alter ehemaliger Maurergeselle, der in der Kleinstr. 42 wohnt, durch die Art seiner angeblichen Krankenheilungen und durch spirituelle Sprechungen höchst unheimlich auf sich reden. Es ist ein Ähnlicher, eigentlich noch schlimmerer Hekulesopus, wie ihn der ehemalige Seelkinder Louis Häcker, der nach seiner gerichtlichen Bestrafung spurlos verschwunden ist, verzapfte. Weisenberg nennt sich beschneiden „Prophet Johannes“ und lebt wie alle diese Leute sehr einträglich von einem Geschäft, dem die Beichtgläubigen alljährlich zu Tausenden zufließen.

Bekannt haben sich die Behörden mit Weisenberg beschäftigt bereit unter dem 16. November 1909 erhielt er von dem damaligen Polizeipräsidenten ein Verbot, sich an öffentlichen Orten zu betätigen. Die Beschränkung herzugeben und führte, als er im Wege des Verwaltungsverfahrens verklagt war, folgendes aus: „Durch wiederholte Beobachtungen der Verwaltungen ist festgestellt worden, daß regelmäßig einige der Teilnehmer in suggestiver Weise in einen aufgeregten, traumhaften Zustand versetzt wurden, in dem sie als Geister verkörperter Personen (Papst Leo XIII., Luther usw.) zu sprechen meinten. Manche Teilnehmer sind zu Boden gefallen und haben Krampfanfälle an sich erlitten. Andere sind in eine so erregte Verfassung geraten, daß sie ohnmächtig wurden. Man hat damit rechnen müssen, daß der eine oder der andere in religiösen Wahnsinn verfällt.“ Das Oberverwal-

tungsgesicht trat auf Grund eines vom Geheimen Medizinalrat Dr. Leppmann eingehenden Gutachtens dem Verbot derartige öffentliche Vorführungen bei.

Als dann während des Krieges das Interesse für übernatürliche Dinge, wie immer in solchen leidensvollen Zeiten gewaltig wuchs, wurde „Prophet Johannes“, um sich das gute Geschäft nicht entgehen zu lassen, wieder treifler. Schließlich griff das Oberkommando in den Marken ein und nahm Weisenberg in Schachhaft was ihm sehr unordentlich nicht nur die seinen Anhänger ein Stückchen Märtyrerkranz einzug. Mit dieser Schutzfrage hat sich infolge von Petitionen auch der Reichstag beschäftigt, ohne deshalb die Geschäftspraktik des Propheten zu billigen. Jetzt unterhält Weisenberg, der zum Großbetrieb übergegangen ist, zahlreiche „Möden“ und in Groß-Berlin nicht weniger als sieben Vereinstellen. Selbst Schulkinder erzählen, daß sie in seinen spirituellen Sitzungen Napoleon reden gehört haben. Man wird den Anhängern dieser Spirituellen, wenn keine gesundheitlichen Gefahren für größere Kreise drohen, gewiß ihr Vergnügen und ihren Kinder glauben lassen. Wo kommt es aber, daß Weisenberg beispielsweise in Johannisbad seine spirituellen Sitzungen bisher in der dortigen Gemeindeschule abhalten konnte? Und wie kommt es, daß auch Schulkinder an diesen Sitzungen teilgenommen haben? Wenn das nicht schon unterbunden ist, muß es schleunigst geschehen.

Tatkräftige Selbsthilfe.

Eine Kundgebung des Rotdienstes der Berliner Frauen.

Gestern abend fand im Stadtverordneten-Sitzungsaal des Berliner Rathauses eine Kundgebung des Rotdienstes der Berliner Frauen statt, an dem auch die Arbeiterwohlfahrt hervorragend beteiligt ist.

Vorträge des Domchors leiteten die Veranstaltung ein. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Leiterin des Rotdienstes, Frau v. Gierke, sprach zunächst Oberbürgermeister Böck, der hervorhob, daß die Frauen durch ihre gemeinschaftliche Organisation der harten Not des Winters gesteuert hätten. Osten, Norden, Süden und Westen seien nun nicht mehr getrennt. Die Mittel kämen durch diese Organisation der Frauen stets an die richtige Stelle. Genossin Stadträtin Wenzl wies darauf hin, daß in Berlin allein noch 193 000 Erwerbslose gezählt werden. So müsse trotz der bisherigen Erfolge in der Bekämpfung der Not noch reger als bisher gearbeitet werden. Das wertvollste sei immer die Selbsthilfe, die uns die Achtung vor uns selbst bewahre. Auch die Kinder seien selbstbestimmt, die Not zu lindern. Endlich gedachte die Rednerin der tatkräftigen Hilfe, die uns auch durch Desterreich zuteil geworden ist. In Vertretung von Frau Stadtverordnete Dr. Anna Mager sprach Frau Lockow, die insbesondere hervorhob, daß sich hier Frauen aus allen Kreisen zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden hätten. Frau Julie Henrich schilderte die Arbeit des Rotdienstes im Bezirk Prenzlauer Berg. Dort wurden im November täglich 1000 Leute gespeist. Es wurden geeignete Räume für die Hungernden und Friedenden bereitgestellt. Die Fürsorge erstreckt sich außerdem auch auf die arbeitslose Jugend, die Kleinerwerbende und auch auf die tuberkulosekranken Kinder. Stadtverordnete Genossin Lodenhagen schilderte mit beredten Worten die große Not des Volkes und hob hervor, daß gerade die Arbeiterwohlfahrt es stets als ihre vornehmste Pflicht betrachtet habe, Nothilfe zu leisten. Sie schilderte im einzelnen, welche Erfolge die Arbeiterwohlfahrt aufzuweisen hat. Herr Gramm vom Deutschen Zentralschulhaus für die Auslandsbilfe erklärte u. a., daß gerade die auf Selbsthilfe gerichteten Bestrebungen des deutschen Volkes uns Sympathien des Auslandes und dessen tatkräftige materielle Unterstützung eingetragen hätten. Nach einem Schlußwort der Frau v. Gierke, in dem sie allen dankte, die irgendwie in der Wohlfahrt emsig tätig sind, fand die Kundgebung ihren Abschluß.

Das Bergwerksgesicht in Amrifa. Aus Sallake-City wird gemeldet, daß der bei dem Unfall in einer Grube bei Castle Gate ausgebrochene Brand gelöscht ist. Dreißig Tote wurden bis jetzt an das Tageslicht befördert.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Mittwoch, den 12. März:

14. Ubr. 7 Uhr, Schulaula, Domminer Str. 20. Vortrag des Genossen Rau: „Die Parteien im Reichstage“.
15. Ubr. 7 Uhr, gemeinschaftl. Jahlabend, Graue Schule, Götzenburger Str. Tagesordnung: Bericht von den Bezirksvereinigungen.
16. Ubr. 7 Uhr, gemeinsamer Jahlabend, Schulhaus, Wilmersd. 48. Berichtserstattung vom Bezirksparteitag. Die Gäste um 10 Uhr geduldet werden muß, wird um pünktliches Erscheinen ersucht.
17. Ubr. 7 1/2 Uhr, Jahlabend, 1. Gruppe: Arbeiter, Simon-Liebknecht-Str. 2. Gruppe: Arbeiter, Marienburger Str. 45. 2. Gruppe: Arbeiter, Götzenburger Str. 9. 3. Gruppe: Schüler, Jellertstr. 2.
18. Ubr. 7 1/2 Uhr, Jahlabend bei Lippert, Kieker Str. 55; Jahlabend, Rigors Straße 54; Woche, Jellertstr. 25; Dreif. Arbeiterstr. 18; Gemeindefest Samstagsstr. 20. Bericht vom Bezirksparteitag.
19. Ubr. 7 1/2 Uhr, Jahlabend in den bekannten Lokalen.
20. Ubr. 7 1/2 Uhr, Jahlabend, 2. Gruppe: 7 1/2 Uhr bei Dunod, Wilmersd. 4. Ref.: Gen. Wiener. Bericht vom Bezirksparteitag.
21. Ubr. 7 1/2 Uhr, Jahlabend, 1. Gruppe: Arbeiter, Simon-Liebknecht-Str. 2. Gruppe: Arbeiter, Marienburger Str. 45. 2. Gruppe: Arbeiter, Götzenburger Str. 9. 3. Gruppe: Schüler, Jellertstr. 2.
22. Ubr. 7 1/2 Uhr, Jahlabend bei Lippert, Kieker Str. 55; Jahlabend, Rigors Straße 54; Woche, Jellertstr. 25; Dreif. Arbeiterstr. 18; Gemeindefest Samstagsstr. 20. Bericht vom Bezirksparteitag.
23. Ubr. 7 1/2 Uhr, Jahlabend in den bekannten Lokalen.
24. Ubr. 7 1/2 Uhr, Jahlabend, 2. Gruppe: 7 1/2 Uhr bei Dunod, Wilmersd. 4. Ref.: Gen. Wiener. Bericht vom Bezirksparteitag.
25. Ubr. 7 1/2 Uhr, Jahlabend, 1. Gruppe: Arbeiter, Simon-Liebknecht-Str. 2. Gruppe: Arbeiter, Marienburger Str. 45. 2. Gruppe: Arbeiter, Götzenburger Str. 9. 3. Gruppe: Schüler, Jellertstr. 2.
26. Ubr. 7 1/2 Uhr, Jahlabend bei Lippert, Kieker Str. 55; Jahlabend, Rigors Straße 54; Woche, Jellertstr. 25; Dreif. Arbeiterstr. 18; Gemeindefest Samstagsstr. 20. Bericht vom Bezirksparteitag.
27. Ubr. 7 1/2 Uhr, Jahlabend in den bekannten Lokalen.
28. Ubr. 7 1/2 Uhr, Jahlabend, 2. Gruppe: 7 1/2 Uhr bei Dunod, Wilmersd. 4. Ref.: Gen. Wiener. Bericht vom Bezirksparteitag.
29. Ubr. 7 1/2 Uhr, Jahlabend, 1. Gruppe: Arbeiter, Simon-Liebknecht-Str. 2. Gruppe: Arbeiter, Marienburger Str. 45. 2. Gruppe: Arbeiter, Götzenburger Str. 9. 3. Gruppe: Schüler, Jellertstr. 2.
30. Ubr. 7 1/2 Uhr, Jahlabend bei Lippert, Kieker Str. 55; Jahlabend, Rigors Straße 54; Woche, Jellertstr. 25; Dreif. Arbeiterstr. 18; Gemeindefest Samstagsstr. 20. Bericht vom Bezirksparteitag.
31. Ubr. 7 1/2 Uhr, Jahlabend in den bekannten Lokalen.

Sport.

Der Stand des 12. Sechstagerrennens.

Van Nel-Moeskops weiter in Front.

Der Montag war von den Veranstaltern als Volkstag mit ermäßigten Preisen gedacht, so daß die Halle überfüllt war. Um 10 Uhr abends leuchtet die grüne Wertungsampe auf. Die einzelnen Spurts gehen vor sich. Den ersten sichert sich Samall vor Rizetto, Oliveri und Lewanow. Im zweiten Spurt folgt van Nel lebend vor Storn, Tonani und Hufschke. Der dritte Spurt bringt einen nicht ernstzunehmenden Vorstoß Saldoms, der aber gleich von Lorenz und Storm verfolgt wird. Ergebnis: Techner gegen Krupat, Storm und van Nel. 4. Spurt: 1. Hahn, 2. Lorenz, 3. Hufschke, 4. Saldom. 5. Spurt: 1. Van Nel vor Bauer, Techner und Krupat. Recht interessant verläuft der sechste Spurt. Taylor greift hier an. Edarf folgen Moeskops und Saldom. Den Sieg trägt Stellbrink vor Krupat, van Nel und Sawall heim. Pawle, Bassenheim haben abermals eine Runde verloren. Gegen 11 Uhr stürzt Storm plötzlich vom Rade und rennt sich das linke Hüftgelenk aus. Das Rennen wird eine Stunde neutralisiert.

Die 2-Uhr-Nachwertung. 1. Spurt: 1. Lewanow, 2. Techner, 3. Hufschke, 4. Saldom. 2. Spurt: 1. Bauer gegen Lorenz, Krupat und Taylor. 3. Spurt: 1. Saldom, 2. Stabe, 3. Techner, 4. Hufschke. 4. Spurt: 1. Storm, 2. Krupat, Bauer und Moeskops folgen. 5. Spurt: 1. Hahn vor van Nel, Techner und Hufschke. 6. Spurt: 1. Rizetto, 2. Saldom, 3. Sawall, 4. Taylor. Der Stand des Rennens nach der 2-Uhr-Nachwertung ist folgender: 1. Van Nel-Moeskops 165 Punkte, 2. Saldom-Bauer 120 Punkte, 3. Krupat-Hufschke 119 Punkte, 4. Lorenz-Techner 93 Punkte, 5. Sawall-Stabe 70 Punkte, 6. Rizetto-Stellbrink 44 Punkte, 7. Oliveri-Tonani 19 Punkte, 8. Wittig-Kroll 8 Punkte. Eine Runde zurück: Ritt-Lewanow 91 Punkte, Storm-Selemonow 53 Punkte, Taylor-Hahn 39 Punkte und Koch-Schrage 15 Punkte. Zwei Runden zurück: Pawle-Bassenheim 2 Punkte. Bis um 2 Uhr nachts sind 3229,650 Kilometer zurückgelegt. Der Weltrekord von Brüssel 1914 (3202,635 Kilometer) ist somit gebrochen.

Die demaskierten Kommunisten.

Der „Rote Fahne“ sind unsere Feststellungen über die nunmehr offen vor der KPD betriebene Spaltung der Gewerkschaften sehr unangenehm. Wir stehen jetzt vor den Betriebsrätewahlen. Die KPD nimmt mit Recht an, daß die Arbeiterschaft bei den Betriebsrätewahlen den kommunistischen Phrasenheben die Gefolgschaft verweigern wird, wenn sie vorher weiß, daß die Kommunisten nichts anderes wollen, als die Gewerkschaften zerschlagen und damit die Arbeiterschaft zur Ohnmacht verurteilen. Auch sonst sind sich die Kommunisten durchaus nicht sicher, daß die Arbeiterschaft, so sehr sie berechtigt ist, mit ihrer jetzigen Lage unzufrieden zu sein, sich davon überzeugen läßt, daß ihre Lage gebessert werden kann, wenn sie ihre Organisationen spaltet. Deshalb bemüht sie sich, den Hysterie der Schumacher, Kaiser, Göbel und Konsorten ins harmlose umzuwandeln.

Berechtigter Mitleid! Am Mittwoch werden die Berliner Parteifunktionäre der KPD, folgenden Befehl Moskows — die „Rote Fahne“ nennt es eine Resolution — einstimmig annehmen:

„Die veränderte Lage in den deutschen Gewerkschaften zwingt die KPD zur Aenderung ihrer bisherigen Gewerkschaftspolitik. Die Veränderung der Lage besteht darin, daß

a) Millionen von Arbeitern die freien Gewerkschaften verlassen haben und das Verhältnis der Zahl der gewerkschaftlich Organisierten zur Zahl der gewerkschaftlich Unorganisierten sich radikal geändert hat.

b) die reformistische Führerklasse der freien Gewerkschaften aus allgemein politischen Gründen (zur Lösung der Reparationsfrage, zur Wiederherstellung einer „normalen“ kapitalistischen Wirtschaft usw.) noch offener und brutaler als bisher die Funktion von besoldeten und unbefordeten Beamten jeder kapitalistischen Regierung übernommen hat.

Infolgedessen müssen die Amsterdamer Gewerkschaftsführer ihre Organisationen zu reinen Regierungsapparaten der Schwerindustrie, kapitalistischen Regierung machen. Dieses Ziel wollen sie dadurch erreichen, daß sie alle revolutionären Elemente aus den Gewerkschaften entfernen und diese zu oppositionslosen gelben Verbänden und zu Sammelbecken von Streikbrechergarden machen.

Die KPD muß auf diese Taktik der reformistischen Gewerkschaftsbureaucratie aktiv antworten!

Darum muß für Ende Mai ein Kongress der revolutionären Delegierten der gewerkschaftlich nicht organisierten Klassenbewußten Arbeiter der Betriebe, der Delegierten der Erwerbslosen und der revolutionären Betriebsräte einberufen werden, um den Amsterdamer Gewerkschaftsbureaucratie zu antworten, daß ihnen hören und sehen vergeht!

Die Drohung der reformistischen Gewerkschaftsbureaucratie, alle revolutionären Kandidaten bei den Betriebsrätewahlen und alle revolutionären Gewerkschaftler, die sich nicht auf den Boden der gelben Amsterdamer Internationale stellen und den Kommunismus förmlich abschwören, aus den Gewerkschaften hinauszurufen, scheitern uns nicht.

Die KPD, antwortet darauf: Die Betriebsräte sollen revolutionäre Organe sein und das Gerippe für die zu bildenden revolutionären Industrieverbände liefern.

Deshalb müssen die Betriebsrätewahlen überall ausgenutzt werden zur Schaffung revolutionärer Kerngruppen und Klassenorganen der einzelnen Industrie-Gruppen, zur Organisierung aller Klassenbewußten Arbeiter, insbesondere der gewerkschaftlich nicht organisierten, um diesen Kern, und zur Vorbereitung des Mai-Kongresses, auf dem

die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft vertreten sein muß, um gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsbureaucratie den geführenden Schlag zu führen.“

Dieser Mas ist am 6. März in einer gemeinsamen Sitzung des Zentralvorstandes der KPD und der Berliner Bezirksleitung beschlossen worden. Der Kongress der sogenannten „revolutionären“ Delegierten und der gewerkschaftlich nicht organisierten Klassenbewußten Arbeiter — daß die Arbeiter, die gewerkschaftlich nicht organisiert sind, Klassenbewußt sind, ist der echte Geist von Sinowjew —, der Ende Mai stattfinden soll, ist weiter nichts anderes, als die Vollendung der Spaltung. Auf diesem Kongress soll ein neuer Gewerkschaftsbund gegründet werden, nachdem die bekannte Weimarer Konferenz ausging wie das Hornberger Schießen. Uebrigens ist die verfehlte Ablehnung der Spaltung in Wirklichkeit das Eingeständnis der Spaltungsabsicht.

Wie die KPD jetzt systematisch die Spaltung der Gewerkschaften organisiert, dafür sind bezeichnend die „Richtlinien des Direktoriums der KPD zur Betriebsratswahl“, die an alle Bezirksleitungen der KPD, versandt worden sind. Diese Richtlinien sind freilich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen; aber es dürfte die Öffentlichkeit, und besonders die Arbeiterschaft, auf deren Stimmen man spekuliert, interessieren, welches die wahren Absichten der KPD, bzw. ihrer Austraggeber in Moskau sind. In diesen Richtlinien heißt es also:

„Es kommt bei dieser Wahl darauf an: ... 4. Diese Wahlen zur Umstellung unserer Partei auf Betriebszellen und auf Funktionieren der Betriebszellen und Betriebsarbeit auszunutzen. Diese Wahlen müssen dazu ausgenutzt werden, wieder die Rolle der Betriebsräte und der Räte überhaupt in den Arbeitermassen lebendig zu machen. Die Räte und auch die Betriebsräte sind die spezifischen Klassenorgane des Proletariats. Sie sollen die Organe der Organisation des Aufstandes werden und die Sanktionsorgane des kommenden proletarischen Staates. ... Der Kampf gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer und die SPD muß bei diesen Betriebsrätewahlen so geführt werden, daß die Betriebsräte klar als Sturmböden gegen die Gewerkschaftsbureaucratie benannt und gewählt werden. ... Selbstverständlich müssen unsere Betriebszellen vorher d. h. vor der Betriebsversammlung, die Frage der Kandidatenaufstellung genau diskutieren, aber man muß die Zellen von vornherein daran gewöhnen, auch diese Frage nicht selbständig, sondern in Verbindung mit der Bezirksleitung zu lösen. Jede Bezirksleitung muß die Kandidatur genau durchprüfen, damit nicht die sogenannten „guten Gewerkschaftler“ aufgestellt werden, die uns oft sehr kompromittieren, sondern gute Kommunisten, auch wenn sie ungeschickte Gewerkschaftler sind. Die Betriebsräte sollen revolutionäre Organe sein und das ist für uns zehnfach wichtiger als die gewerkschaftliche Geschicklichkeit.“

Wir müssen uns für heute auf diese Zitate beschränken. Sie sind so klar und eindeutig, daß wir uns jedes Kommentars enthalten können. Also die Betriebsräte sollen den Aufstand organisieren, brauchen also keine guten Gewerkschaftler sein, die der KPD nur unbesquem sind, brauchen in keiner Weise die Fähigkeit besitzen, die Interessen ihrer Kollegen zu vertreten. Die Hauptfrage ist, sie sind „gute Kommunisten“, d. h. sie enthalten sich jedes selbständigen Urteils und jeder selbständigen Handlung. Die Aufstellung der Kandidatenlisten soll nicht, wie es in den Richtlinien noch heißt,

durch die Funktionäre der Betriebe erfolgen, sondern „durchgesprochen“ werden von den „kommunistischen Betriebszellen“, die aber auch nichts zu bestimmen haben. Es kann sich hiernach jeder Arbeiter vorstellen, wie die kommenden kommunistischen Gewerkschaften beschaffen sein werden: Ein Stoßtrupp der Diktatoren von Moskau zur Zertrümmerung der deutschen Arbeiterbewegung.

Mindest- und Höchstlöhne in der Damenhutmbranche.

Für die Damenhutmbranche hatte der Beseidungsarbeiterverband Lohnforderungen in Höhe von 25 Proz. bei den Arbeitgebern eingereicht. In einem Schreiben an die Arbeitnehmerorganisation teilten die Arbeitgeber mit, daß sie mit Rücksicht auf die unterschiedliche finanzielle Lage ihrer Mitglieder eine positive Lohnhöhung nicht vornehmen könnten; sie wären aber geneigt, den einzelnen Arbeitgebern freizustellen, die bisherigen Löhne von 70 Pf. in der Spitze um 20 Proz. zu überschreiten. Für Konfektionsänderungen könnte aber keine Lohnhöhung zugesprochen werden.

Die Berauensteute der Branche waren am Montagabend zur Stellungnahme versammelt. Sie konnten sich besonders mit dem letzten Akt, der die Konfektionsänderungen betrifft, nicht einverstanden erklären, da diese Sparte der Branchengehörigen mit den anderen durchaus gleich qualifiziert ist. Die Verhandlung nahm schließlich nach eingehender Aussprache den Vorschlag der Arbeitgeber an, verpflichtete aber die Funktionäre und die Mitglieder, bei den Unternehmern mit altem Nachdruck eine Lohnhöhung für alle Gruppen zu verlangen.

Lohnbewegung der Schuhmacher.

In einer Versammlung der Schuhmacher berichtete am Montagabend Hörh über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Die Arbeitgeber verlangten die Streichung des letzten Absatzes im § 9 des Tarifvertrages, welcher festsetzt, daß günstigere Lohn- und Arbeitsverträge unvermindert in Kraft bleiben. Die Verhandlungskommission der Schuhmacher verlangte eine Lohnaufbesserung und eine Erhöhung der Stützzeit beim Einheitslohn von 18 auf 19 Stunden. Für die Reparaturarbeiter wurde eine Lohnhöhung von 57 auf 60 Pf. pro Stunde verlangt und außerdem eine Wertzeugentschädigung von 2 Proz. Die Arbeitgeber bezeichneten diese Forderungen als eine „Provokation!“ Nach längeren Beratungen erklärten schließlich die Arbeitgeber, daß sie bereit wären, auf ihre Forderungen zu verzichten und den Stundenlohn zu erhöhen unter der Voraussetzung, daß auch die Arbeitnehmer ihre Ansprüche zurückziehen. Die Verhandlungskommission hat nun einen Stundenlohn von 75 Pf. vorgeschlagen.

Die Branchenversammlung schloß einstimmig den Beschluß, einen Stundenlohn von 80 Pf. zu fordern und alle anderen Forderungen fallen zu lassen.

Zum Schluß gab Hörh noch der Versammlung bekannt, daß im Verbandsbureau eingebrochen wurde. Der Geldschrank ist zertrümmert worden. 800 M., alles Schreibmaterial und sämtliche Verbandsmarken sind gestohlen worden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Der Hamburger Hasenarbeiterstreik hat heute früh eingeseht. Die Schlep- und Fohrdampfer sind zurzeit noch im Betrieb. Die Schauerleute, die nicht zur Arbeit ausgefahren sind, haben sich versammelt, um die Lage zu besprechen.

Vienerecepmung der Gewerkschaftskommission Berlin, 11. reformistischen VIII. Spandau. Donnerstag, abends 7 Uhr, im Hotel „Reichberg“, Spandau, Lutherstraße 8. Arbeitsausführung um 8 Uhr im selben Lokal.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Kurt Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: A. Schorn; Revolution: A. A. Göhrer; Soziale und kulturelle: Fritz Rastbach; Anzeigen: H. Glöckner; Familien in Berlin, Verlag: Socoritäts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Socoritäts-Verlagdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 3.

6

Echt braun Fahlleder
mit Lederbrandsohle,
mit und ohne Vorderkappe

Echt Rindbox 890
euter Strapazierstiefel ... 890

90

Echt Chromleder
mod. spitze Form, gutes Fabrikat

Prima Ausführung, echt
R'-Chevreux ... 890

90



Echt Boxkali sehr gutes Fabrikat ... 1090

Origina Goodyear Welt 1250

Sport-Stiefel braun Fahlleder, Doppels
u. schwarz m. wasserd. Futter, Wasserlasche 1250

*Die neuesten Modeschinger in braun, schwarz und Lack.
Stiefel und Halbschuhe bei uns billig.*

6

Kinderstiefel
von ... 125

Kinder-Halbschnürschuhe
mit und ohne Lackkappe breite bequeme
Form, sehr gutes Fabrikat Gr. 25/26 4,90,
27/28 6,90, 29/30 7,90, 31/32 8,90

Kinder-Spangenschuhe
Größe 31/32 4,90 27/30 ... 350

Pantoffel
für Herren 05 Pl., für Damen ... 55 Pl.

Damenstiefel
mod. kurze Form, Hochschaff, nur kleine Größe ... 550

Braun echt Chevr u. R.-Chevr. 790
moderne runde Form

Braun echt Boxkali u. Boxrind 950
moderne spitze und runde Form

Schwarz Ch. omi. u. R.-Chevr 550
moderne kurze Form

Auf Rand genäht, echt Boxkali 1050

Leder-Schnür-Spangenschuhe 490
nahn. Abs. für ältere Damen 3,90, 7,90, 9,90

No 29/30/32 bis 31/32 in La 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

J. Baer

Berlin N, Badstr. 26
Ecke Prinzenallee
Fernsprecher: Amt Moabit 2445

empfeilt wie bekannt in reellster
Ausführung das große Lager fertiger

**Herren- und
Knaben-Garderobe**

f. jede Figur u. Geschmacksrichtung
passend, sowie das reichhaltige

**Stofflager zur eleganten
Anfertigung nach Maß.**

Berufskleidung. — Eleg. Einsegnungs-Anzüge

Ein großer Posten Stoffbasen von 3,50 Mk. an



Strickwesten

Bleyes Kinderkleidung
ständl. großes Fabrikager in Strick-
und Wirkwaren aller Art zum
Einzelverkauf

Bravo Richter & Co. Fabrik-Niederlage
Schüring, Wollwaren
Bin.-Pankow, jetzt Mühlenstr. 1
Ecke Breite Straße

+ Geschlechtskrankhe +

Behandlung von Syphilis, Hautaus-
schlägen, Wunden, Hornröhrenleiden,
Har- u. Nierenleiden, auch wo alles ver-
gessen, wurden **Phorosanos**
Tausende durch
das neue deutsche Reich-Potent,
traulich gerichtet, viele Heilungen
und Dankschreiben.

Gewissenhafte Exakt. Vertung.
Phorosanos-Heilanstalt,
Fotbamerstr. 108, nahe Steglitzer Str.
Oranienstr. 191, nahe Wollenerdaler Str.
Getreide für Herren und Damen.
Spezialpreis täglich 10-7, Sonntag 9-12

Vorwärts Frauen

Ein. Frauenwelt

Eine Halbmonatsschrift
mit farbigem Umschlag,
vielen Bildern im Text.
Unterhaltung u. Kurzweil
und schon Klauen
dem Frauen zur Freude!

Für 30 Pfennig das Heft
besorgt es

jede Ausgabestelle und jede
Botenfrau des „Vorwärts“

Möbel!

Berlin C., Alexanderstr. 31 14. Sept. 1924.

Speisezimmer, Herrenzimmer
Wohn- und Schlafzimmer, sowie
Büro, Möbel ab Fabrik zu billigst. Preis.

HOSEN

Anzüge, Trikotalgen
allerer. Güte Auswahl

Mittelhosen ... v. Mk. 5,20

En-L. Leder ... v. Mk. 4,80

Streifen ... v. Mk. 4,50

Anzugsrose ... v. Mk. 4,20

port-breeches ... v. Mk. 3,50

Eiselaeste Arbeitsocke ... 0,52

Eleg. Maccos ecke, ml. fub. ... 0,88

Knaben- u. Burschen-eckl. idung
in großer Auswahl

Hosens-Centrale

Kärntner Platz 10
Ecke Friedrichstrasse am Sölln. Gehsteig
Frankfurt. Ecke Berlinerstr.

Wäschepracht

Die gute reine Kernseife
66% Feigehalt.

Nur aus besten Rohstoffen! Stets in gleicher
Güte! Ohne schädliche Bestandteile!

stark & Co., Seifenfabrik G. m. b. H.
Berlin NO 55, Colmarer Straße 8-9.

Geschlossen von
Mittl. Wollw. u. Seid.
Str. 10 A. 1. Ecke
Rein. Baden. Kontur-
e-nalos bis 100 in
Gardinen, Stores,
Bettb., Tisch- u. Di-
wanbed., Weltvorle-
gel ohne Raumwong
Wäscheung gelistet

Alle Näheren
Ankünfte
Erdinger Str. 1
Stoben 6681

Schuh-Lokal

Münzstr. 25 / Frankfurter Allee 54 / Kottbuser Damm 13